TOP

Ausschuss für Stadtentwicklung	25.01.2017

öffentlich

Vorlage Nr.	073/2017-9
Stand	29.12.2016

Betreff Straßenverkehrsrechtliche Anhörverfahren

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt

Auf die Vorlagen-Nr. 348/2015-9, 462/2016-9 und 600/2016-9 wird Bezug genommen.

Die Angelegenheit wurde nochmals geprüft und im Rahmen der straßenverkehrsrechtlichen Fachaufsicht erneut mit dem Landrat des Rhein-Sieg-Kreises erörtert.

Zusätzlich hat die Verwaltung das Thema bei der Dienstbesprechung des Landrates des Rhein-Sieg-Kreises mit den kreisangehörigen Verkehrsbehörden am 28.10.2016 zur Diskussion gestellt und gebeten, die abschließende fachaufsichtliche Bewertung des Sachverhalts im entsprechenden Gesprächsprotokoll zu dokumentieren.

Die entsprechende Passage des Protokolls vom 28.10.2016 wird dem Ausschuss für Stadtentwicklungen hiermit wie folgt zur Kenntnis gegeben:

„Darüber hinaus sind im Ergebnis Verkehrstermine als „Behördentermine“ anzusehen, die ausschließlich den Fachbehörden vorbehalten sind. Eine Beteiligung von politischen Vertretern ist für eine Entscheidung weder zweckmäßig noch sehen die Vorschriften eine entsprechende Teilnahme vor.“

Die Verwaltung sieht auf dieser Grundlage weiterhin keine rechtliche Möglichkeit im Sinne des ursprünglichen Antrags zu verfahren.

Finanzielle Auswirkungen:

keine